

Frankreich

Die Einwanderungssituation in Frankreich ist bis heute stark geprägt von der Kolonialgeschichte früherer Jahrhunderte sowie einer langen Tradition der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer aus anderen europäischen Staaten. Insgesamt haben Einwanderungsprozesse und deren Folgen im letzten Jahrhundert kontinuierlich an Gewicht gewonnen und die französische Gesellschaft nachhaltig geprägt.

Galt die Einwanderung zumindest aus wirtschaftlicher Perspektive lange Zeit als Erfolgsgeschichte, so wird sie in den letzten drei Jahrzehnten zunehmend auch als Ursache sozialer Probleme und Auslöser von Konflikten wahrgenommen. Wahlerfolge rechtsextremer Parteien – insbesondere des Front National (FN) – machen dies ebenso deutlich wie immer wieder aufflammende Unruhen in den



Hintergrundinformationen

Hauptstadt: Paris

Amtssprache: Französisch

Fläche: 551.500 km²; mit Überseegebieten 643.801 km²
(zum Vergleich Deutschland: 357.022 km²)

Bevölkerung (1. Jan. 2017, geschätzt): 64,86 Millionen
(mit Überseegebieten 66,99 Millionen)

Bevölkerungsdichte (2013): 117 Einwohner je km²

Bevölkerungswachstum (2015): 0,4%

Erwerbsquote (2015): 56,1%

Anteil ausländischer Bevölkerung (2013): 6,2%

Anteil Einwanderer (2013): 8,9%

Arbeitslosenquote: 10,0% (2015), 9,4% (2010), 8,9% (2005);
8,5% (2000)

Religionen (2015, geschätzt): Christen, v.a. Katholiken
(63-64%), Muslime (7-9%), konfessionslos (23-28%)

Vororten französischer Metropolen. Vor diesem Hintergrund hat die französische Einwanderungspolitik in den letzten Jahren und insbesondere unter der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy (2007-2012) einen zunehmend restriktiven Kurs angenommen. Der sozialistische Präsident François Hollande (2012-2017) war mit einem moderateren migrationspolitischen Programm angetreten. Dessen Umsetzung wurde jedoch von anhaltenden ökonomischen Problemen, der europäischen ›Flüchtlingskrise‹ und mehreren schweren Terroranschlägen in Frankreich stark überlagert. Auch in den kommenden Jahren werden Fragen der Zuwanderungssteuerung, der Umgang mit dem Islam sowie die Integration der zweiten und dritten Generation die wichtigsten Herausforderungen der französischen Politik in diesem Themenfeld darstellen.

Das Migrationsprofil Frankreich geht zunächst auf die historische Entwicklung der Einwanderung und Einwanderungspolitik in Frankreich ein. Anschließend beleuchtet es das aktuelle Migrationsgeschehen und die Einwandererbevolkerung des Landes, um sich dann den Themen irreguläre Migration, Flucht und Asyl, Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeitserwerb sowie Umgang mit dem Islam zu widmen. Schließlich werden die jüngeren migrationspolitischen Entwicklungen und die zukünftigen Herausforderungen auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 dargestellt.

Historische Entwicklung der Einwanderung und Einwanderungspolitik in Frankreich

Frankreich hat eine lange und wechselhafte Migrationsgeschichte, die wesentlich geprägt ist von ökonomischen Modernisierungsprozessen und militärischen Auseinandersetzungen. Dabei wechselten sich Phasen der offenen Aufnahme von Zuwanderern mit Phasen einer restriktiven Zuwanderungs- und Integrationspolitik regelmäßig ab.

Die Zuwanderung intensivierte sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts, da es im Zuge des Industrialisierungsprozesses, bei gleichzeitig sinkenden Geburtenraten, zu einem Mangel an Arbeitskräften gekommen war. Damit stellte Frankreich in dieser Phase eine Ausnahme in Westeuropa dar. Die meisten anderen Industriestaaten, darunter auch Deutschland, hatten höhere Geburtenraten und waren primär Auswanderungsländer.¹ Durch den Bevölkerungsrückgang infolge der Kriege von 1870/71 und 1914–1918 verschärfte sich der Engpass auf dem französischen Arbeitsmarkt weiter.² Um diesen zu beseitigen, schloss Frankreich früher als andere europäische Staaten Anwerbeabkommen u.a. mit Italien³ (1919), Polen (1919), der Tschechoslowakei (1920) und Spanien (1932). Zu Beginn der 1930er Jahre war Frankreich – gemessen in absoluten Zahlen – nach den USA das zweitwichtigste Einwanderungsland der Welt. Damals lebten etwa 2,7 Millionen Einwanderer in Frankreich (6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung). Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Wirtschaftsaufschwungs der 1950er und 1960er Jahre warb Frankreich ähnlich wie andere europäische Staaten erneut – überwiegend männliche – Arbeitskräfte auf der Basis bilateraler Abkommen mit Italien (1946), Griechenland (1960), Spanien (1963), Portugal (1964), Marokko (1964), Tunesien (1964), der Türkei (1965) und Jugoslawien (1965) an.⁴ Gleichzeitig verstärkte sich die Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien infolge des Prozesses der Dekolonialisierung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg (1954–1962) und der darauffolgenden Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 kam es zu einer umfangreichen Zuwanderung französischer Siedler und pro-französischer Algerier nach Frankreich.⁵ 1964 schloss Frankreich ein Abkommen zur Anwerbung algerischer Arbeitskräfte mit dem nun unabhängigen Land. In der Wirtschaftskrise der frühen 1970er Jahre folgte Frankreich dem Vorbild anderer europäischer Länder und beendete 1974 alle Anwerbeprogramme für ausländische Arbeitskräfte. Zum Zeitpunkt des Anwerbestopps lebten 3,5 Millionen Migranten in Frankreich, die insgesamt einen Anteil von sieben Prozent an der Gesamtbevölkerung stellten. Portugiesen und Algerier bildeten mit jeweils rund 20 Prozent die größten Gruppen. Das Ende der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte führte jedoch nicht zu einer Rückkehr der Einwanderer in ihre Heimatländer bzw. einem Ende der Einwanderung. Ähnlich wie in anderen Anwerbestaaten blieben viele Einwanderer in Frankreich und holten ihre Familien nach. Die Familienzusammenführung ist seitdem die zahlenmäßig wichtigste Form der Zuwanderung.

Debatten um Zuwanderung und Integration seit den 1980er Jahren

Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre gibt es Debatten um die Integration von Zuwanderern – insbesondere aus den Maghreb-Staaten – und über die Grenzen des republikanischen Integrationsmodells. In diesem Modell erfolgt die Integration von Einwanderern als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Integrationsstrategie, die auf universellen Werten basiert. Grundlage ist ein politisches Nationenkonzept, welches alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleichstellt und ethnische oder religiöse Identitäten ausblendet.⁶ Immer wieder kommt es – wie im Herbst 2005 und 2007 und im Sommer 2010 – zu gewaltsamen Konflikten, an denen vielfach Jugendliche aus Einwandererfamilien beteiligt sind.⁷ Gleichzeitig ist seit den 1980er Jahren ein zunehmender Erfolg rechtsextremer politischer Kräfte, insbesondere des Front National, zu beobachten. Diese beiden Symptome sind jedoch nur die sichtbarsten Ausprägungen der Krise des republikanischen Integrationsmodells in Frankreich.

Seit den 1990er Jahren hat sich zudem das Spannungsverhältnis zwischen den republikanisch-glaubensneutralen Werten (*laïcité*) der Republik und dem Recht auf freie Religionsausübung, insbesondere der wachsenden muslimischen Gemeinschaft, weiter verstärkt und ist zu einem zentralen Streitthema geworden (vgl. das Kapitel Umgang mit dem Islam), das auch aufgrund mehrerer islamistisch begründeter Terroranschläge seit 2012 viel Aufmerksamkeit erhält.

Gleichzeitig zeichnet sich zu dieser Entwicklung aber auch ein wachsendes Bewusstsein darüber ab, dass Einwanderung einen integralen Bestandteil und eine Bereicherung der französischen Gesellschaft darstellt. Als symbolträchtige Beispiele für diese Entwicklung können die Fußball-Weltmeisterschaft 1998 (die *équipe tricolore* holte im eigenen Land den Titel, die meisten Spieler hatten einen Migrationshintergrund), die Eröffnung eines Museums zur Geschichte der Einwanderung (*Cité nationale de l'histoire de l'immigration*, CNHI, eingeweiht am 10. Oktober 2007) sowie die Ernennung von Rachida Dati zur ersten Ministerin aus einer Einwandererfamilie (im Amt 2007–2009) gelten.

Phasen migrationspolitischer Öffnung und Schließung (1990er bis 2010er Jahre)

Die Einwanderungs- und Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte unterliegt einem permanenten Wechsel, in starker Abhängigkeit von der jeweiligen Regierungskonstellation. In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren verfolgte der konservative Innenminister Charles Pasqua (*Rassemblement Pour la République*, RPR) das Ziel einer Null-Einwanderungs-Politik (*immigration zéro*). Zahlreiche migrationspolitische Regelungen wurden dabei verschärft. So verlängerte sich die Wartezeit für Familienzusammenführungen von einem auf zwei Jahre und ausländische Absolventen französischer Universitäten durften keine

Arbeit in Frankreich mehr aufnehmen. Insbesondere der ›Kampf‹ gegen irreguläre Migration rückte in den Fokus. Die Einführung der sogenannten ›Pasqua Gesetze‹, mit denen u.a. die Einbürgerung erschwert wurde, war heftig umstritten. Die Proteste fanden ihren Höhepunkt 1996 in der Besetzung einer Kirche in Paris durch Migranten aus afrikanischen Staaten und China, die lange Jahre ohne Aufenthaltsstatus in Frankreich gelebt hatten und auf ihre prekäre Situation aufmerksam machen wollten. Tausende von Menschen unterstützten die Protestaktionen der Sans-Papiers.⁸

Die Mitte-Links-Regierung unter Premierminister Lionel Jospin (Parti Socialiste, PS) nahm ab 1997 viele der restriktiven Regelungen zurück oder schwächte sie ab. Zudem schuf sie einen speziellen Einwanderungsstatus für hochqualifizierte Arbeitnehmer, Wissenschaftler und Künstler. Im Jahr 1997 wurde außerdem ein Legalisierungsprogramm für Ausländer aufgelegt, die sich ohne entsprechende Erlaubnis im Land aufhielten (vgl. das Kapitel Irreguläre Zuwanderung).

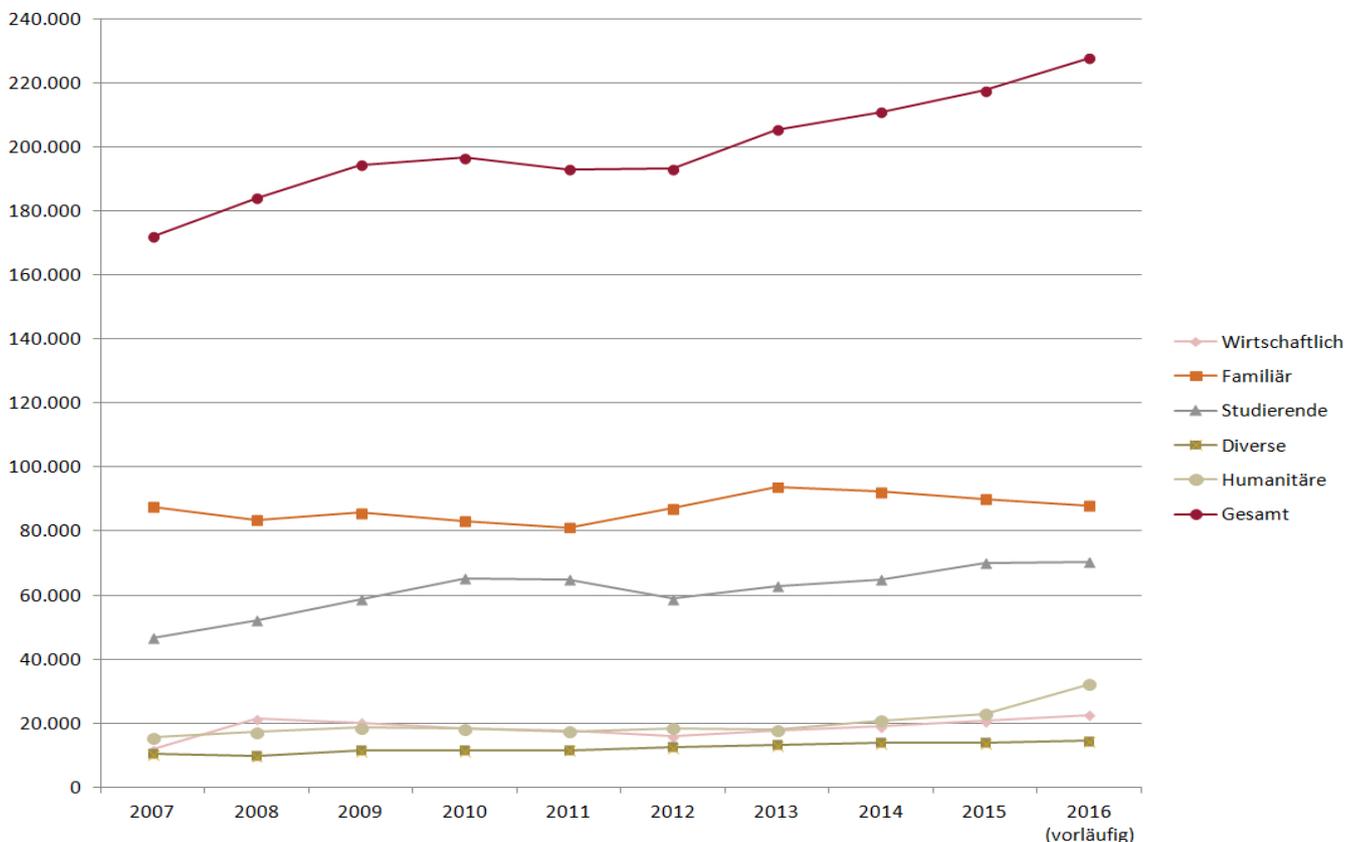
Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 erreichte Jean-Marie Le Pen, der Kandidat des rechtsextremen Front National, überraschend und erstmalig in der Geschichte die zweite Wahlrunde. Mit einem migrations- und europafeindlichen Programm erhielt Le Pen mehr Stimmen als Lionel Jospin und versetzte weite Teile Frankreichs in einen Schockzustand.

Die Jahre 2002-2012, in denen sowohl Regierung als auch Präsident (Jacques Chirac bis 2007 und Nicolas

Sarkozy 2007-2012) von Konservativen gestellt wurden, waren geprägt von einer Rückkehr zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik und einem konfliktvolleren Umgang mit dem Thema Einwanderung und Integration. Umstritten war insbesondere die Rhetorik des damaligen Innenministers Sarkozy, der im Jahr 2005 Vorstadtbewohner u.a. als ›racaille‹ (dt. Gesindel oder Abschaum) bezeichnet und angekündigt hatte, die Vorstädte mit einem ›Kärcher‹ reinigen zu wollen.

Migrationspolitische Restriktionen schlugen sich u.a. in einem neuen Einwanderungsgesetz (loi relative à l'immigration et à l'intégration) nieder, das am 30. Juni 2006 verabschiedet wurde und die Zuwanderung stärker nachfrageorientiert steuern sollte (immigration choisie; dt.: gewählte Einwanderung). Es enthält härtere Auflagen für den Familiennachzug, eine neu geschaffene Aufenthaltserlaubnis für besonders qualifizierte Arbeitnehmer (carte compétences et talents) sowie einen verpflichtenden Aufnahme- und Integrationsvertrag (contrat d'accueil et d'intégration, CAI) für Ausländer, die dauerhaft im Land bleiben wollen. Der Integrationsvertrag sieht die Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Schulungen und Sprachkursen vor. Kommen Zuwanderer ihrer Integrationsverpflichtung nicht nach, so kann dies die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung gefährden.⁹ Abgeschafft wurde die automatische Legalisierung von Einwanderern, die ohne Aufenthaltserlaubnis seit mindestens zehn Jahren in Frankreich leben.¹⁰ Die Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy war auch geprägt von einem ›Kampf gegen illegale

Abbildung 1: Vergebene Aufenthaltstitel an Drittstaatsangehörige nach Zuwanderungsmotiven 2007-2016



Quelle: Französisches Innenministerium, eigene Darstellung.

Einwanderung. Die Zahl der Abschiebungen stieg leicht an. Anhaltendes Konfliktthema war der Umgang mit Roma aus Rumänien und Bulgarien, der international zu großer Kritik führte. Seit 2010 wurden illegale Roma-Siedlungen aufgelöst und hunderte Roma in ihre Herkunftsländer abgeschoben, vor allem nach Rumänien und Bulgarien.¹¹

Die sozialistische Regierung unter Präsident François Hollande (2012-2017) verfolgte erneut einen moderateren Kurs. Dieser wurden jedoch stark von anhaltenden ökonomischen Problemen, der europäischen ›Flüchtlingskrise‹ und mehreren schweren Terroranschlägen in Frankreich überlagert (vgl. das Kapitel Jüngere migrationspolitische Entwicklungen).

Aktuelles Migrationsgeschehen und Frankreichs Einwandererbevolkerung

Die Einwanderung nach Frankreich ist in den letzten zehn Jahren stetig, aber auf einem auch im internationalen Vergleich eher moderaten Niveau gestiegen.¹² Dies lässt sich an der Vergabe von erstmaligen Aufenthaltserlaubnissen an Drittstaatsangehörige ablesen, wobei die durchaus signifikante Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten allerdings nicht berücksichtigt wird. Wurden im Jahr 2007 noch rund 172.000 Aufenthaltstitel an Neuzuwanderer aus Drittstaaten vergeben, waren es 2015 217.533 und 2016 nach vorläufigen Angaben 227.550 (vgl. Abbildung 1).

Die überwiegende Form der Neuzuwanderung ist nach wie vor der Familiennachzug (2016: ca. 88.000 Aufenthaltstitel dieser Kategorie vergeben), gefolgt von Bildungsmigration (2016: ca. 70.250 Aufenthaltstitel für ausländische Studierende), dem Zuzug von Schutzsuchenden

(2016: ca. 32.300) und Arbeitsmigration (2016: ca. 22.600 wirtschaftliche Aufenthaltstitel vergeben).

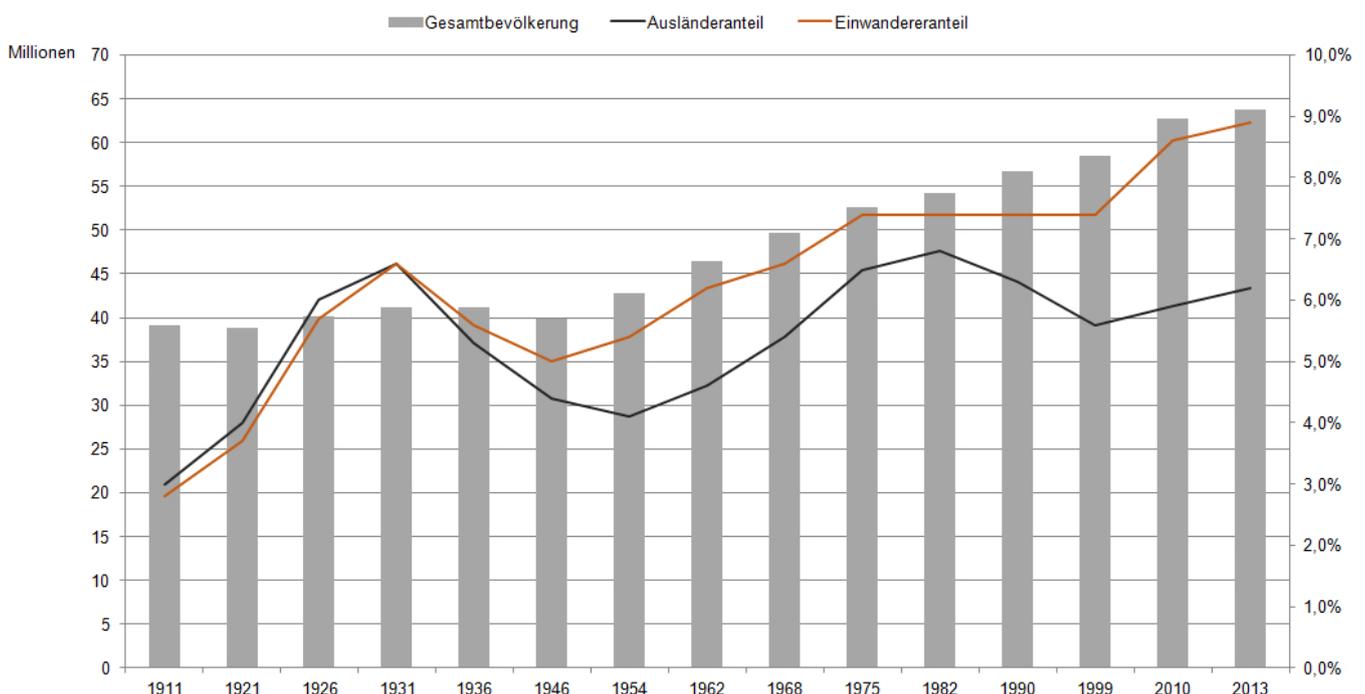
In Bezug auf Drittstaatenangehörige waren zwischen 2008 und 2015 Algerien und Marokko die wichtigsten Herkunftsländer. Aus jedem der beiden Länder kamen in diesem Zeitraum pro Jahr rund 25.000 Neuzuwanderer nach Frankreich. Auf den Plätzen drei und vier folgten China (rund 15.000 pro Jahr) und Tunesien (rund 13.000).¹³

Insgesamt war der Migrationssaldo (Nettozuwanderung) in den letzten Jahren durchgehend positiv und ist leicht angestiegen. Der Saldo wird in Frankreich nachträglich berechnet, da die Fortzüge nicht unmittelbar statistisch erfasst werden. Die Zahlen liegen daher immer erst mit einiger Verzögerung vor. 2013 lag er bei etwa 107.000 Personen. Somit trug die Migration zum Wachstum der französischen Bevölkerung bei. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie z.B. Deutschland hat Frankreich auch einen deutlichen Geburtenüberschuss, der aber seit einigen Jahren sinkt und 2016 nach vorläufigen Zahlen erstmals unter die Schwelle von 200.000 gefallen ist. Durchschnittlich lag die Geburtenrate in Frankreich 2016 bei 1,93 Kindern pro Frau und damit zwar niedriger als noch 2010 (2,01 Kinder pro Frau), aber dennoch über dem europäischen Durchschnitt.¹⁴ Die Geburtenrate von eingewanderten Frauen liegt im Durchschnitt etwas höher, die Geburtenrate von Nachfahren von Einwanderern ist nahezu identisch mit der von Französisinnen ohne Migrationshintergrund.¹⁵

Die Einwandererbevolkerung

In der französischen Statistik werden Einwanderer (*immigrés*) und Ausländer (*étrangers*) separat erfasst. *Einwande-*

Abbildung 2: Entwicklung der Gesamtbevölkerung Frankreichs (Metropole) sowie des Einwanderer- und Ausländeranteils nach Ergebnissen der Volkszählungen seit 1911



Quelle: Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (INSEE) .

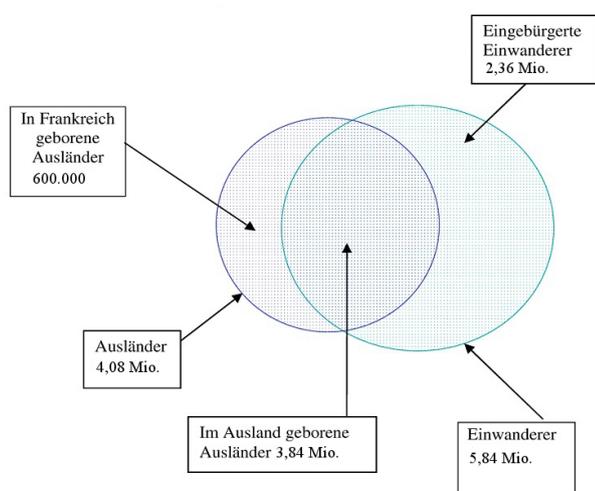
rer sind Personen, die im Ausland mit nicht-französischer Staatsbürgerschaft geboren wurden und sie bleiben auch dann als solche erfasst, wenn sie die französische Staatsangehörigkeit annehmen. Laut dem letzten verfügbaren Zensus lebten 2013 5,84 Millionen Einwanderer in Frankreich, davon 5,72 Millionen im Mutterland (*France métropolitaine*, ohne Überseegebiete). Gegenüber dem Zensus von 2008 (5,34 Millionen) ist die Zahl um eine halbe Million gestiegen.¹⁶ 2,36 Millionen Einwanderer hatten im Jahr 2013 die französische Staatsbürgerschaft angenommen. Insgesamt hat sich sowohl die absolute Zahl der Einwanderer als auch der Einwanderanteil an der französischen Bevölkerung seit Mitte der 1970er Jahre etwas erhöht. Damals lag er bei 7,4 Prozent und blieb bis zur Jahrtausendwende auf diesem Niveau. Bis 2008 war er auf 8,4 Prozent angestiegen. 2013 betrug er 8,9 Prozent (vgl. Abbildung 2).

In die statistische Kategorie *Ausländer* fallen Personen mit nicht-französischer Staatsbürgerschaft, auch wenn sie in Frankreich geboren wurden. Insgesamt lebten 2013 4,08 Millionen Ausländer in Frankreich, davon 3,96 im Mutterland. 3,48 Millionen von ihnen waren im Ausland geboren worden; rund 600.000 in Frankreich. Der Ausländeranteil lag bei 6,2 Prozent. Sowohl die absolute Zahl der Ausländer als auch der Ausländeranteil steigen somit seit Ende der 1990er Jahre an.

Abbildung 3 zeigt beispielhaft für das Jahr 2013, wie sich die Personengruppen der Einwanderer und der Ausländer in der Statistik überschneiden können.

Gleichzeitig zum relativen und absoluten Anstieg der Einwandererbevölkerung hat sich deren Zusammensetzung nach Herkunftsregionen gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der überwiegende Teil der Einwanderer

Abbildung 3: Einwanderer und Ausländer in der amtlichen Statistik



Quelle: Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (INSEE), Zensus 2013, eigene Darstellung.

aus Europa (1962: 79 Prozent). Dieser Anteil ist kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2013 lag er bei 36,5 Prozent. Im Jahr 2005 lebten zum ersten Mal mehr Einwanderer aus afrikanischen Staaten¹⁷ in Frankreich (1962: 15,3 Prozent; 2005: 42,2 Prozent) als aus Europa.

Auch im Jahr 2013 bildeten Migranten aus Afrika die größte Ausländergruppe in Frankreich (43,5 Prozent). Vertreten sind vor allem Zuwanderer aus den ehemaligen französischen Kolonien im Norden des afrikanischen Kontinents – Algerien, Marokko und Tunesien. Auch die Zuwanderung aus Asien hat deutlich zugenommen (1962: 2,4 Prozent; 2005: 13,9 Prozent; 2013: 14,4 Prozent). Die Türkei ist das wichtigste Herkunftsland aus dem asiatischen Raum.¹⁸

Die wichtigsten Herkunftsländer der in Frankreich lebenden ausländischen Bevölkerung im Einzelnen waren 2013 Portugal (519.500), Algerien (476.470), Marokko (443.379), die Türkei (216.423), Italien (177.171), Tunesien (161.451), Großbritannien (153.608) und Spanien (138.672).

Neben der Zusammensetzung der Herkunftsländer hat sich auch das Geschlechterverhältnis unter den Einwanderern im Laufe der Jahre gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen zunächst überwiegend alleinreisende Männer, um in Frankreich zu arbeiten. Seit 1974 überwiegt mit der Familienzusammenführung die weibliche Einwanderung. Seit dem Jahrtausendwechsel ist der Anteil der weiblichen und männlichen Einwanderer so gut wie ausgeglichen.¹⁹

Nachkommen von Einwanderern

Als Nachkommen von Einwanderern (*descendants d'immigrés*) werden in Frankreich geborene Personen verstanden, von denen mindestens ein Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Ausland geboren wurde. Diese Erfassungsweise berücksichtigt also vor allem die zweite Generation. Schätzungen für das Jahr 2015 gehen davon aus, dass rund 7,3 Millionen in Frankreich lebende Personen zu dieser Gruppe gezählt werden können. Dies entspricht einem Anteil von 11 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Zusammensetzung der Gruppe der Nachkommen von Einwanderern spiegelt die Migrationsgeschichte Frankreichs wider. Rund 3,3 Millionen Personen (bzw. 45 Prozent) mit Zuwanderungsgeschichte hatten mindestens einen Elternteil, der aus einem europäischen Land nach Frankreich eingewandert war, vor allem aus Italien, Spanien und Portugal, also Ländern, die bereits in Frühphasen der Arbeitsmigration seit dem 19. Jahrhundert einen Großteil der ausländischen Arbeitskräfte in Frankreich stellten. Weitere rund 2,3 Millionen Personen (bzw. 31 Prozent) waren Nachkommen von Einwanderern aus dem Maghreb, also aus ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika. Die übrigen rund 1,3 Millionen Personen (bzw. 24 Prozent) mit Zuwanderungsgeschichte hatten ihre Wurzeln in anderen Regionen Afrikas und in Asien, also in Herkunftsgebieten, aus denen sich die jüngere Zuwanderung nach Frankreich speist. Bei den Nachkommen von Einwanderern handelt es sich um eine junge Bevölkerung. Fast die

Tabelle 1: Einwandererbevolkerung nach Geburtsland 2013

	In Prozent	In absoluten Zahlen
Portugal	10	606.897
Italien	5	288.964
Spanien	4	245.669
Andere Mitgliedstaaten der EU-27	12	710.207
Andere europäische Länder	5	274.775
Algerien	13	760.289
Marokko	12	709.619
Tunesien	5	258.812
Andere afrikanische Länder	14	811.490
Türkei	4	248.640
Andere Länder	16	919.981
Gesamt	100	5.835.344

Quelle: Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (INSEE), Zensus 2013.

Hälfte sind unter 25 Jahre (47 Prozent). Bei der Gruppe ohne Migranteltern waren es 30 Prozent.²⁰

Insgesamt leben also rund 13,1 Millionen Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte in Frankreich (7,3 Millionen Nachkommen von Einwanderern und 5,8 Millionen Einwanderer). Zusammen entspricht dies einem Anteil von rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Das bedeutet, dass etwa jeder fünfte Einwohner Frankreichs eine direkte oder indirekte Migrationsgeschichte hat, die noch nicht sehr lange zurückliegt. Die Einwandererbevolkerung ist noch etwas größer, wenn man auch die dritte Generation hinzuzählt. Dabei handelt es sich aufgrund des sogenannten doppelten Bodenrechts (vgl. Kapitel Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeitserwerb) ausschließlich um französische Staatsbürger. Eine Schätzung, die auf Daten von 2011 basiert, kommt für die dritte Generation auf rund 4,7 Millionen Menschen.²¹

Lebenslage der Einwandererbevolkerung

In Bezug auf die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern zeigt sich gegenüber der französischen Gesamtbevölkerung eine deutliche Benachteiligung. Das gilt vornehmlich für Drittstaatsangehörige. Sie sind häufiger von Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen und zeigen niedrigere Erwerbsquoten auf.

Im Jahr 2015 lag die Erwerbsquote in der eingewanderten Bevölkerung bei 54,8 Prozent gegenüber 56,3 Pro-

zent in der nichteingewanderten französischen Bevölkerung. Die niedrigere Erwerbsquote ergab sich dabei vor allem aus der im Vergleich zu nichteingewanderten Frauen (52,2 Prozent) niedrigen Erwerbsquote von Einwanderinnen (47,8 Prozent), wobei es bedeutsame herkunftslandspezifische Unterschiede gibt. Besonders niedrig war die Erwerbsquote bei Frauen aus Nicht-EU-Staaten.

Einwanderer aus Drittstaaten waren im Jahr 2015 mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie nichteingewanderte Personen – ihre Arbeitslosenquote lag bei 20,8 Prozent gegenüber 9,1 Prozent. Die höhere Arbeitslosigkeit vor allem unter Drittstaatlern sowie ihre Anstellung in oft prekären Beschäftigungsverhältnissen gehören zu den Ursachen eines erhöhten Armutsrisikos innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe.²²

Das Bildungsniveau der Einwanderer ist im langfristigen Trend deutlich gestiegen und es ist ein Aufholen gegenüber der Nicht-Einwanderer-Bevölkerung zu beobachten. Dennoch besteht weiterhin eine Bildungsbenachteiligung, die sich insbesondere im Hinblick auf die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zeigt.

Studien zeigen, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischen Leistungen in Frankreich stärker ausgeprägt ist als in den meisten anderen Industrieländern.²³ Davon sind vor allem Kinder aus Einwandererfamilien betroffen, die somit nur geringe gesellschaftliche Aufstiegschancen haben.

Regional konzentrieren sich die Einwanderer in Frankreich auf die großen Ballungsgebiete und hier vor allem auf die Vororte. In den Ballungsgebieten lebten Daten aus dem Jahr 2012 zufolge etwa acht von zehn Einwanderern.²⁴ Bei Einwanderern aus afrikanischen und asiatischen Staaten ist diese Konzentration besonders stark ausgeprägt. Die Region mit dem höchsten Einwandereranteil ist die Region Île-de-France (Großraum Paris), wo knapp 40 Prozent der Einwanderer leben bzw. ca. 2,2 Millionen Personen. In den sechs – nach Paris – größten Städten Frankreichs (Lyon, Marseille, Toulouse, Lille, Bordeaux und Nizza) leben zusammen rund 15 Prozent der Einwanderer bzw. 842.000 Personen. Die geografische Verteilung der zweiten Generation ähnelt stark jener der Einwanderer, wobei die Konzentration auf Paris etwas schwächer ausfällt.²⁵

Irreguläre Zuwanderung nach und Abschiebungen aus Frankreich

Schätzungen zufolge befinden sich etwa 200.000 bis 400.000 Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus – sogenannte Sans-Papiers – auf französischem Territorium.²⁶ Während sich die irreguläre Migration in den Übersee-Territorien aus der Region selbst speist, beispielsweise aus Haiti, wird vermutet, dass die Mehrheit der irregulären Migranten in der Metropole aus Westafrika und den Maghreb-Staaten stammt. Vermutlich ist nur ein kleiner Teil der

Sans-Papiers ohne Erlaubnis nach Frankreich eingereist. Die Mehrzahl der Personen dürfte in die aufenthaltsrechtliche Irregularität geraten sein, weil sie nach Ablauf eines Visums oder eines Aufenthaltstitels das Land nicht verlassen hat. Als Reaktion auf das Phänomen wurde bereits 1982 ein erstes Legalisierungsprogramm durchgeführt, im Zuge dessen erhielten 132.000 Personen einen legalen Aufenthaltsstatus. Öffentlich in Erscheinung traten die Sans-Papiers besonders mit ihren Protesten im Jahr 1996. Damals wurden in Paris zwei Kirchen besetzt und die Erteilung von Aufenthaltstiteln gefordert. Seitdem sind der Begriff und die Bewegung der Sans-Papiers in der französischen Öffentlichkeit fest verankert. Wenige Wochen nach Antritt der Regierung Lionel Jospin (PS) im Juni 1997 wurde dann ein zweites größeres Legalisierungsprogramm aufgelegt. Diesmal erhielten etwa 87.000 von insgesamt 150.000 Antragstellern einen Aufenthaltstitel.

Im Jahr 2006 gab es eine sehr beschränkte Legalisierung von Familien ohne Papiere, deren Kinder in Frankreich zur Schule gehen. Von den mehr als 30.000 Antragstellern erhielten letztendlich nur 6.924 eine Aufenthaltsgenehmigung. Migrantenhilfsorganisationen wie das Netzwerk Bildung ohne Grenzen (RESF) forderten in regelmäßigen Abständen weitere Legalisierungen.²⁷ Mit dem Einwanderungsgesetz von 2006 wurde jedoch die automatische Legalisierung der Einwanderer, die ohne entsprechende Erlaubnis seit mindestens zehn Jahren in Frankreich leben, abgeschafft. Somit stellte das Gesetz grundsätzlich eine Abkehr von Legalisierungen als Instrument im Umgang mit der Problematik der irregulären Zuwanderung dar.

Legalisierungen gab es jedoch weiterhin (ca. 30.000 pro Jahr), allerdings auf Einzelfallbasis, wobei die Kriterien nicht transparent waren. Die sozialistische Regierung unter Präsident François Hollande änderte nach ihrem Wahlsieg diese Politik. Mit dem vom damaligen Innenminister Manuel Valls herausgegebenen Rundschreiben vom 28. November 2012 wurden die Regelungen für die Legalisierung klarer und landesweit einheitlicher gefasst. Legalisiert werden können seither Personen, die seit mindestens fünf Jahren in Frankreich leben, Französisch sprechen, die Werte der Republik teilen sowie weitere Bedingungen erfüllen. Insbesondere können Eltern, deren Kinder in Frankreich zur Schule gehen, junge Erwachsene, Ehepartner von legal aufhältigen Ausländern und Personen, die seit längerem einer Erwerbsarbeit nachgehen, einen Aufenthaltstitel erhalten. Nach Einführung dieser Regeln stieg die Zahl der Personen, die im Zuge einer Legalisierung einen Aufenthaltstitel erhielten, kurzzeitig an (2013: 35.278; 2014: 32.244). Seit 2015 liegt sie wieder bei jährlich rund 30.000 Personen.²⁸

Die Abschiebung von Personen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis avancierte unter Präsident Nicolas Sarkozy (2007-2012) zu einem populären Mittel im »Kampf« gegen irreguläre Migration. Bereits in seiner Funktion als Innenminister (2002-2007) hatte Sarkozy angekündigt, die Zahl der Abschiebungen irregulärer Migranten signifikant erhöhen zu wollen. Diese Politik setzte er gezielt in die Tat um. Während zwischen 1997 und 2002 jährlich rund 9.000 Sans-Papiers abgeschoben wurden, erreichten die Ausweisungen 2012 ein Rekordniveau: Insgesamt wurden laut

Regierungsangaben 36.822 Personen abgeschoben oder zurückgeführt.²⁹ Unter der sozialistischen Regierung sank die Zahl der Abschiebungen und Rückführungen in den folgenden Jahren wieder leicht: 2016 lag sie bei 24.707 Personen.³⁰ Die Verhinderung irregulärer Zuwanderung stellte jedoch auch für die Regierungen unter Präsident Hollande eine hohe Priorität dar.

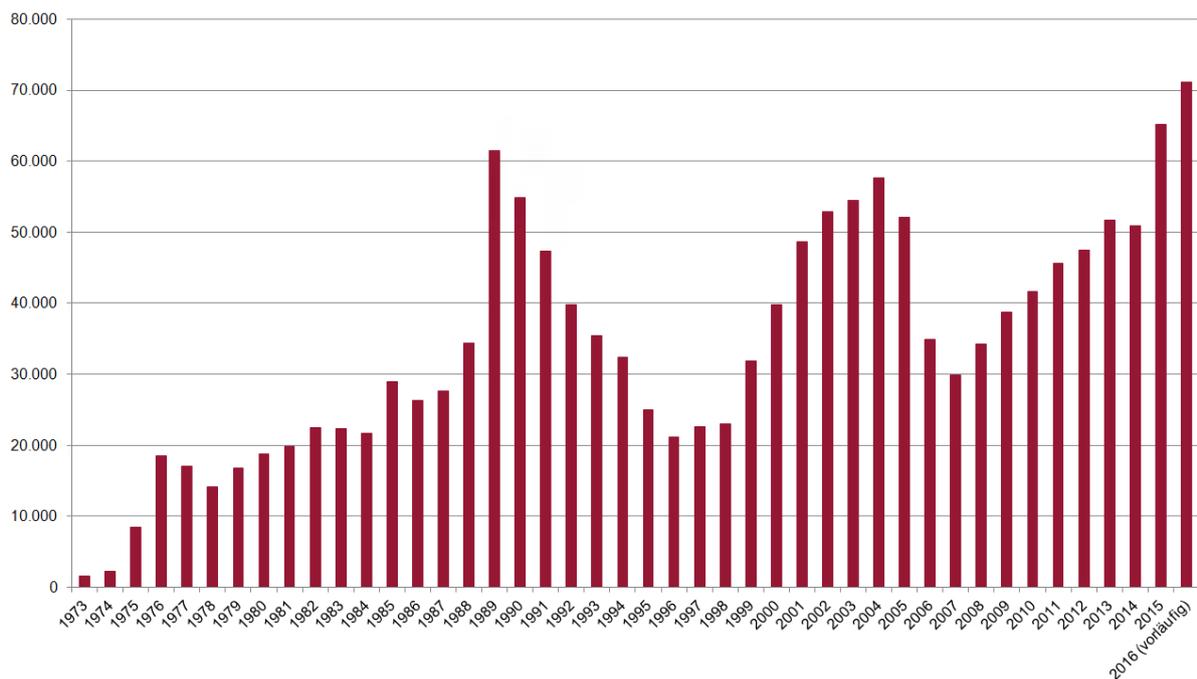
Flucht und Asyl in Frankreich

Frankreich hat eine jahrhundertelange Geschichte als Asylland. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Asylanträge in Frankreich zunächst kontinuierlich und erreichte 1989 mit 61.400 Anträgen einen ersten Höhepunkt (vgl. Abbildung 4). Dies kann teilweise damit erklärt werden, dass Zuwanderer verstärkt auf das Asylrecht zurückgriffen, da andere Migrationskanäle nicht mehr vorhanden waren. In den 1990er Jahren sanken die Antragszahlen, was zum Teil mit einer restriktiveren Asylpolitik erklärt werden kann. Ab Ende der 1990er Jahre stiegen die Antragszahlen entgegen dem europäischen Trend wieder an (2003: 52.204 Erstanträge). In den Folgejahren sank die Zahl der Asylanträge wieder, u.a. weil die französische Asylpolitik durch eine Reform 2003 deutlich restriktivere Züge annahm. Seit 2008 ist allerdings wieder ein Anstieg der Asylsuchendenzahl zu beobachten. 2016 wurden nach Angaben des französischen Innenministeriums insgesamt 85.244 Asylanträge gestellt (davon 77.886 Erstanträge) und damit mehr als jemals zuvor.³¹ Wichtige Herkunftsländer in den letzten Jahren waren zum einen die global bedeutendsten Herkunftsstaaten von Flüchtlingen wie Syrien, Afghanistan, Sudan und Irak. Vergleichsweise viele Asylbewerber kamen zudem aus ehemaligen Kolonien oder anderen Staaten, in denen die französische Sprache verbreitet ist (Algerien, Guinea, Demokratische Republik Kongo, Haiti). Unter den Hauptherkunftsstaaten befanden sich zudem regelmäßig China, Bangladesch, Albanien und der Kosovo.

Frankreich ist eines der wichtigsten Zielstaaten von Asylbewerbern in Europa. Die Anerkennungsquote lag in den vergangenen Jahren mit rund 30 Prozent jedoch deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts, allerdings mit zuletzt steigender Tendenz. Gemessen an der Bevölkerungsgröße und der Wirtschaftskraft befindet sich Frankreich bei der Aufnahme von Asylbewerbern im europäischen Mittelfeld.³² Auch an der Aufnahme von Schutzsuchenden aus Krisengebieten über sogenannte Resettlement-Programme oder andere Aufnahmewege hat Frankreich sich in den vergangenen Jahren beteiligt.³³

So verfügt Frankreich seit 2008 über ein regelmäßiges Resettlement-Programm, das in Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) umgesetzt wird. Seit Einführung wurden über dieses Programm jährlich aber nur rund 150 Personen aufgenommen. Als Reaktion auf die Syrienkrise hat Frankreich in einem zusätzlichen humanitären Aufnahmeprogramm in den Jahren 2014 und 2015 je 500 syrische Flüchtlinge aus Ägypten, Jordanien und Libanon aufgenommen. Im Rahmen des EU-Beschlusses vom 20. Juli 2015 zur Aufnahme

Abbildung 4: Entwicklung der Asylantragszahlen (Erst- und Folgeanträge) seit 1973 (ohne minderjährige Begleitpersonen)



Quellen: Le Monde, Office français de protection des réfugiés et apatrides (OFPRA), Ministère de l'Intérieur.

von Schutzsuchenden aus Drittstaaten sagte Frankreich die Aufnahme von 2.375 Syrern aus der Krisenregion bis Juli 2017 zu. Im Zuge des EU-Türkei-Abkommens vom 18. März 2016 verpflichtete sich die französische Regierung zudem zur Aufnahme von bis zu 6.000 Personen. Zusätzlich will Frankreich bis Ende 2017 2.000 Syrer aus dem Libanon aufnehmen.³⁴ Im Rahmen des innereuropäischen Relocation-Programmes sicherte die französische Regierung die Aufnahme von 30.000 Asylbewerbern aus Italien und Griechenland in den Jahren 2016 und 2017 zu. Wie in anderen europäischen Staaten auch, erfolgte diese Umsiedlung nur sehr langsam. Darüber hinaus gehende Verpflichtungen wollte die französische Regierung aufgrund der angespannten ökonomischen und politischen Lage nicht eingehen.³⁵

Immer wieder in die Schlagzeilen gerieten die oft schlechte Unterbringungssituation von Asylbewerbern und Flüchtlingen, lange Bearbeitungszeiten bei Asylanträgen und unzureichende Integrationsangebote.³⁶ Zudem kommt es seit den 1990er Jahren regelmäßig zur Bildung größerer informeller Camps von Flüchtlingen und anderen Migranten. Insbesondere entstehen diese entlang des Ärmelkanals, z.B. in Calais (mehrere Tausend Personen) oder in Grande-Synthe/Dünkirchen. Die Camps werden vor allem von Flüchtlingen und Migranten gegründet, die ins Vereinigte Königreich weiterreisen wollen. Immer wieder kommt es zu zum Teil heftigen Konflikten mit der lokalen Bevölkerung, aber auch zwischen den Lagerbewohnern. Bei den Versuchen ins Vereinigte Königreich zu gelangen, etwa durch das Aufspringen auf fahrende LKWs, sind regelmäßig Tote zu beklagen. Im Laufe des Jahres 2016 wurden die Maßnahmen zur Unterbindung der irregulären Migra-

tion nach Großbritannien durch den Bau einer vier Meter hohen Mauer am Hafen von Calais weiter verstärkt.³⁷ Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen bestehen auch am Terminal des Eurotunnels. Die Lager wurden in der Vergangenheit mehrfach aufgelöst, aber durch Flüchtlinge und Migranten immer wieder neu errichtet.

Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeitserwerb in Frankreich

Das in Grundzügen bis heute gültige Staatsangehörigkeitsgesetz von 1889 führte in Frankreich das Territorialprinzip (*ius soli*) in Ergänzung zum Prinzip der Abstammung (*ius sanguinis*) ein. Demnach erhalten in Frankreich geborene Kinder mit mindestens einem in Frankreich geborenen Elternteil mit der Geburt die französische Staatsangehörigkeit (*double droit du sol*). Zudem erwerben in Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern mit vollendetem 18. Lebensjahr automatisch die französische Staatsangehörigkeit, sofern sie mindestens fünf Jahre in Frankreich gelebt und zum Zeitpunkt der Einbürgerung ihren festen Wohnsitz auf französischem Territorium haben. Unabhängig vom Geburtsort wird jedes Kind mit der Geburt Franzose, wenn mindestens ein Elternteil die französische Staatsbürgerschaft besitzt. Frankreich erlaubt es den eigenen Bürgern generell, weitere Staatsbürgerschaften zu halten oder zu erwerben.

Im Ausland geborene und in Frankreich lebende Personen können sich unter bestimmten Bedingungen einbürgern lassen. Sie müssen einen Mindestaufenthalt von fünf Jahren (bei Ehepartnern von Franzosen oder Personen,

die eine französische Bildungseinrichtung besucht haben, kann der Mindestaufenthalt kürzer sein) vorweisen und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Weitere Voraussetzungen sind in der Regel die aktive Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt und weitgehende Straffreiheit.

Im Laufe der 1990er Jahre stieg die Zahl der Einbürgerungen deutlich an und erreichte im Jahr 2004 mit 168.826 eingebürgerten Personen ein bis heute bestehendes Rekordniveau. Seit 2005 sinken die Einbürgerungszahlen, wobei 2012 ein Tiefpunkt erreicht wurde (96.051 Einbürgerungen)³⁸, der auch durch erschwerte Bedingungen für den Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit insbesondere hinsichtlich nachzuweisender Sprachkenntnisse erklärt werden kann. Diese wurden mit dem am 16. Juni 2011 veröffentlichten Gesetz zur Einwanderung, Integration und Staatsangehörigkeit (loi relative à l'immigration, à l'intégration et à la nationalité) auf das Niveau B1 des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens angehoben. Darüber hinaus sieht das Gesetz für Ausländer, die die Einbürgerung anstreben, die Unterzeichnung einer Charta über die Rechte und Pflichten von Staatsangehörigen (Charte des droits et des devoirs du citoyen) vor, mit der sie sich verpflichten, die französischen Gesetze und Werte anzuerkennen. Seit 2013 steigen die Einbürgerungszahlen wieder leicht an (2015: 113 608). 2016 setzte sich dieser Trend nach vorläufigen Daten fort. In den letzten zehn Jahren ließen sich, in absoluten Zahlen gemessen, vor allem Personen aus den Maghreb-Staaten Marokko (2015: 18.051), Algerien (15.142), Tunesien (6.274) sowie der Türkei (5.835) und Portugal (3.345) einbürgern. Die große Mehrheit (65,4 Prozent) derjenigen, die im Jahr 2015 die französische Staatsangehörigkeit erwarben, stammte aus einem afrikanischen Land. Personen aus Asien (13,8 Prozent) und Europa (12,4 Prozent) folgten im selben Jahr auf den Plätzen zwei und drei in der Einbürgerungsstatistik.

Umgang mit dem Islam

Mit etwa fünf Millionen Muslimen lebt in Frankreich die größte islamische Gemeinde der EU. Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA versucht die französische Regierung, einen moderaten Islam zu stärken, der mit der französischen Verfassung vereinbar ist.

Im Jahr 2003 wurde der erste nationale Islamrat (Conseil français du culte musulman, CFCM) gewählt. Dieser soll die Rolle einer einheitlichen Vertretung aller in Frankreich lebenden Muslime gegenüber der Regierung einnehmen und ist auch für die Ausbildung der Imame, also der muslimischen Prediger, zuständig.³⁹ Gleichzeitig werden verstärkt die laizistischen Werte der Republik verteidigt, die 1905 gesetzlich niedergelegt wurden. Am 2. September 2004 trat ein Gesetz zum Verbot religiöser Zeichen in Schulen in Kraft.⁴⁰ Dem Gesetz ging eine lange Diskussion über Laizismus, d.h. über die Form von Trennung zwischen Staat und Kirche/Religion, voraus. Das Gesetz verbietet »betont auffällige« Symbole aller Religionen an Schulen, darunter auch das Tragen von Kopftüchern durch

muslimische Schülerinnen, welche die Diskussionen ausgelöst hatten. Die Einführung der neuen Regelung verlief weitgehend konfliktfrei. Ein weiteres Gesetz zielt darauf ab, religiösen Fundamentalismus zu bekämpfen. Es regelt den Umgang mit Personen, die zur »Provokation von Gewalt gegen eine bestimmte Person« aufrufen, und sieht in diesen Fällen die Möglichkeit der Abschiebung vor.⁴¹

Für Schlagzeilen und heftige Diskussionen sorgte ein im April 2011 in Kraft getretenes Gesetz, das das Tragen einer Vollverschleierung in der Öffentlichkeit unter Strafe stellt. Diese wird als Symbol der Unterdrückung von Frauen und eines fundamentalistischen Islams gewertet. Schätzungen gehen davon aus, dass in Frankreich rund 2.000 Frauen leben, die vollverschleiert und daher von diesem Gesetz betroffen sind.⁴² Gegner des Gesetzes sehen in ihm einen Verstoß gegen die Religions- und Meinungsfreiheit.

Seit September 2011 dürfen Muslime nicht mehr in der Öffentlichkeit beten. Dieses Gesetz betrifft vor allem Gläubige, die mangels ausreichend großer Gebetsräume in französischen Städten ihren Gebetsteppich auf dem Gehweg ausrollen.⁴³

Islamistisch motivierte Terroranschläge seit 2012 haben die Debatte über den Umgang mit dem Islam weiter verschärft (vgl. das Kapitel Jüngere migrationspolitische Entwicklungen in Frankreich).

Jüngere migrationspolitische Entwicklungen in Frankreich

Die sozialistische Regierung unter Präsident François Hollande, dessen Partei auch im Parlament die Mehrheit stellte, trat 2012 mit dem Ziel an, die Migrations- und Integrationspolitik weniger restriktiv und den Umgang mit dem Thema weniger konflikthaft gestalten zu wollen als in den Jahren zuvor. Dies ist nur zum Teil gelungen.⁴⁴ Zum einen war die Regierung bei einigen Reformprojekten auf die Zustimmung des von den Konservativen dominierten Senats angewiesen. Zum anderen setzte eine anhaltende Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit Frankreich zu, die sich erst seit Anfang 2017 etwas entspannt. Darüber hinaus kam es im Zuge der europäischen »Flüchtlingskrise« und mehrerer schwerer Terroranschläge sowie der darauffolgenden Verhängung des Ausnahmezustands zu einer Verschiebung der politischen Prioritätensetzung. Einer Umfrage von Ende 2016 zufolge führten die Attentate zwar nicht zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere zu Einwanderern.⁴⁵ Die Anschläge haben die politische Agenda dennoch stark geprägt.

So wurde etwa ein zentrales Wahlkampfversprechen der Sozialisten (schon seit der Regierung Mitterrand 1981-1995), die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die seit fünf Jahren in Frankreich leben, nicht umgesetzt. Die Realisierung gestaltete sich schwierig, da hierfür die Verfassung geändert werden müsste (per Referendum oder 3/5 Mehrheit des verfassungsgebenden Kongresses). Die Regierung verschob das Vorhaben mehrfach und gab es schließlich auf.

Reform des Ausländer- und Asylgesetzes

Mit dem Gesetz vom 7. März 2016 (in Kraft seit dem 1. November 2016) reformierte die sozialistische Regierung das Ausländergesetz.⁴⁶ Das neue Gesetz zielt zum einen auf eine bessere Integration von Neuzuwanderern und eine verstärkte Fachkräftezuwanderung. Zum anderen soll effizienter gegen irreguläre Einwanderung vorgegangen werden. Mit dem Gesetz erhalten Ausländer nach einem Jahr legalen Aufenthalts nun regelmäßig einen mehrjährigen Aufenthaltstitel, der zwei bis vier Jahre gültig ist. Dadurch müssen sie nicht mehr jährlich eine Aufenthaltsverlängerung beantragen, was zum einen den administrativen Aufwand der Behörden reduziert, zum anderen den Betroffenen auch mehr Aufenthaltssicherheit verschafft. Zugleich soll die Erteilung des zehnjährigen Aufenthaltstitels (carte de resident permanent) vereinfacht werden. Zudem schafft das Gesetz mit dem ›passeport talent‹ einen neuen einheitlichen Aufenthaltstitel für Fachkräfte, die zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit des Landes beitragen sollen. Dieser berechtigt sie, bis zu vier Jahre in Frankreich zu bleiben. Darüber hinaus erleichtert das Gesetz den Wechsel von einem Aufenthaltstitel zu Studienzwecken zu einem Aufenthaltsrecht zu Erwerbszwecken. Eine Reihe verwaltungstechnischer Maßnahmen soll dazu führen, dass Abschiebungen schneller erfolgen können.

Da das französische Asylsystem bereits vor der hohen Fluchtzuwanderung nach Europa in der zweiten Jahreshälfte 2015 überlastet war, kam es bereits mit dem Gesetz vom 15. Juli 2015 zu einer größeren Reform des Asylrechts mit dem Ziel, die Asylverfahren effizienter und humaner zu gestalten.⁴⁷ So erweiterte das Gesetz die Rechte von Antragstellern. Sie haben nun u.a. das Recht auf Beistand durch akkreditierte NGO-Vertreter während der Anhörung; zudem hat der Widerspruch gegen eine negative Entscheidung der Asylbehörde nun generell eine aufschiebende Wirkung bezüglich der Abschiebung. Zugleich sollen besonders vulnerable Asylbewerber systematischer herausgefiltert und entsprechend behandelt werden. Eine Reihe von Maßnahmen wie die Aufstockung des Personals soll zu einer deutlichen Beschleunigung der Asylverfahren führen. Diese sollen spätestens nach neun Monaten abgeschlossen sein. Das staatliche Unterbringungssystem für Asylbewerber (CADA) soll ausgebaut und die Schutzsuchenden gleichmäßiger über das Territorium verteilt werden. Das soll die Notwendigkeit einer Unterbringung in Notunterkünften reduzieren. Aufgrund des Anstiegs der Asylbewerberzahlen im weiteren Verlauf des Jahres 2015 und im Jahr 2016 zeigten diese Maßnahmen aber zunächst kaum Wirkung.⁴⁸

Integrationspolitik: Dauerbaustelle Vorstädte

Eine zentrale Herausforderung ist seit mehreren Jahrzehnten die Verbesserung der Lebenssituation der Bewohner der Vorstädte (banlieues) und dort v.a. in bestimmten Vierteln, die als ›sensible‹ oder ›prioritaire‹ bezeichnet werden. Hier wohnen rund fünf Millionen Menschen (ca. acht Prozent der Gesamtbevölkerung Frankreichs). Diese Vier-

tel zeichnen sich u.a. durch einen im Vergleich zum Durchschnitt der Städte höheren Ausländer- und Migrantenanteil aus.⁴⁹ Alle Regierungen der letzten Jahre haben spezielle Vorhaben zur Förderung der Infrastruktur, der Sicherheit, des Bildungssystems und der Arbeitsmarktchancen in den Vorstädten aufgelegt.⁵⁰ Zu einer spürbaren Verbesserung der Situation haben diese allerdings nicht geführt.

Im Wahlkampf 2012 war François Hollande in den Vororten sehr präsent und machte zahlreiche Versprechen. Er sicherte sich damit die Stimmen vieler ihrer Bewohner. Nach dem Wahlsieg setzte die sozialistische Regierung viele Maßnahmen um. Im Bildungsbereich setzte sie u.a. die Einschulung (Vorschule) im Alter von drei Jahren durch, schuf zusätzliche Lehrerstellen und stellte weiteres Personal ein, das für Prävention und Sicherheit sorgen soll. Zudem wurden in den vergangenen Jahren rund 300.000 staatlich subventionierte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen (emplois avenir). Diese richteten sich zunächst ausschließlich an 16- bis 25-Jährige mit geringer Qualifikation und boten ihnen auch eine Weiterbildung an. Seit 2013 wurde das Programm auf gut ausgebildete junge Erwachsene aus ›sensiblen Vierteln‹ ausgedehnt.⁵¹ Aber auch diese Maßnahmen konnten die Situation in den Vorstädten nicht spürbar verbessern. Es bleiben deutliche Unterschiede, etwa in Bezug auf die Arbeitslosigkeit. Diese betrug 2014 rund 27 Prozent in den ›sensiblen Vierteln‹ im Vergleich zu rund 10 Prozent im nationalen Durchschnitt.⁵²

Kontroverse um Ursachen und Folgen der Terroranschläge

Fast alle Attentäter der islamistisch motivierten Terroranschläge u.a. auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015 und das Pariser Vergnügungsetablisement Bataclan im November 2015 waren Nachfahren von Einwanderern, in Frankreich geboren oder aufgewachsen und hatten die französische oder eine andere europäische Staatsangehörigkeit. Zudem sind Hunderte in Frankreich lebende Personen in den Dschihad nach Syrien gezogen oder sind dazu bereit, darunter auch viele Konvertiten. Dies hat eine kontroverse Debatte über die Ursachen der Radikalisierung ausgelöst. Einige Kommentatoren sehen darin eine unmittelbare Folge einer verfehlten Integrationspolitik und führen die Radikalisierung auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit zurück. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die öffentliche Kontroverse der beiden prominenten Islamforscher Gilles Keppele und Olivier Roy bezüglich der Rolle des Islams.⁵³ Keppel zufolge sei die Bereitschaft, Terroranschläge zu verüben oder in den Dschihad zu ziehen, v.a. als Ergebnis der Ausbreitung einer radikalen islamischen Ideologie zu verstehen. Roy hingegen betont, dass die Radikalisierung der Terroristen v.a. das Ergebnis ihrer sozialen Ausgrenzung, von Orientierungslosigkeit und eines Generationenkonflikts sei und der Bezug zu einem radikalen Islamverständnis als Folge davon verstanden werden sollte.

Als Reaktion auf die Anschlagsserie vom 13. November 2015 in Paris kündigte Präsident Hollande u.a. an, den Entzug der französischen Staatsangehörigkeit für Terroris-

ten in der Verfassung festschreiben zu wollen. Dies betraf auch Personen, die seit ihrer Geburt die französische Staatsangehörigkeit besitzen und daneben noch über eine weitere Staatsangehörigkeit verfügen. Bislang konnte nur Eingebürgerten die französische Staatsangehörigkeit wieder entzogen werden, wovon jedoch nur äußerst selten Gebrauch gemacht wurde. Umfragen zufolge unterstützte zwar eine Mehrheit der französischen Bevölkerung Hollandes Vorhaben. Dennoch entwickelte sich ein monatelanger Streit in Politik und Gesellschaft, der über die etablierten politischen Lager hinausging. In der Folge trat die aus Französisch-Guyana stammende Justizministerin Christiane Taubira zurück. Kritiker der Reformvorschläge, wie der Migrationsforscher Patrick Weil, gaben zu bedenken, dass die Maßnahme nicht geeignet sei, um Terroristen aufzuhalten. Vielmehr würde in der Verfassung festgeschrieben, dass es zwei Klassen von Franzosen gäbe.⁵⁴ Nachdem sich Parlament und Senat nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten, stoppte Hollande das Vorhaben.

Ein weiteres Beispiel für eine Reaktion auf die Terroranschläge war das im Sommer 2016 verhängte Burkini-Verbot. Wenige Wochen nach dem Anschlag am französischen Nationalfeiertag in Nizza Mitte Juli 2016 verbot der Bürgermeister von Cannes das Tragen von verhüllenden Ganzkörperschwimmanzügen (Burkinis) an den Stränden der Kommune. Das Tragen des Burkinis verstoße gegen das Gebot der Laizität, da es sich um ein absichtliches Zurschaustellen einer religiösen Überzeugung handele. Zugleich seien Sicherheit und öffentliche Ordnung nicht gewährleistet. Obwohl es sich nur um wenige Einzelfälle handelte, folgten etwa 30 Kommunen dem Beispiel Cannes mit ähnlichen Erlassen. Die Entscheidungen führten zu heftigen Debatten und Auseinandersetzungen in Frankreich und im Ausland. Am 26. August 2016 annullierte das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs (Conseil d'Etat) die Verbote nach einer Klage von Menschenrechtsorganisationen.⁵⁵ Es begründete sein Urteil damit, dass die Verbote unverhältnismäßige Einschränkungen mehrerer persönlicher Grundrechte dargestellt hätten.

Zukünftige migrationspolitische Herausforderungen und Ausblick

Die Themen Einwanderung, Integration und Umgang mit dem Islam werden auch in den kommenden Jahren die politische Agenda Frankreichs prägen. Über den zukünftigen Kurs der französischen Migrationspolitik entscheiden wesentlich die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017.

Eine zentrale Herausforderung für die französische Politik und Gesellschaft stellt die Überwindung der sozialen und ökonomischen Marginalisierung vieler Migranten und ihrer Nachkommen dar. Die regelmäßig aufflammenden Vorstadtnunnen bilden davon nur die sichtbarste Ausprägung. Diese Marginalisierung ist u.a. das Ergebnis einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit und eines schlecht funktionierenden Bildungssystems, das sozialen Aufstieg verhindert. Antworten der Politik sollten sich in Zukunft ver-

stärkt auf die Ursachen der Marginalisierung von Migranten konzentrieren.

Migrationspolitische Positionen im Präsidentschaftswahlkampf 2017

Über den Kurs der französischen Migrations- und Integrationspolitik der nächsten Jahre entscheiden wesentlich die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr und Sommer 2017. Die aussichtsreichsten Kandidaten auf das Präsidentenamt haben sehr unterschiedliche migrations- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, worin sich auch die Spaltung der französischen Gesellschaft im Hinblick auf das Thema Migration spiegelt.

Als einer der aussichtsreichsten Kandidaten erscheint kurz vor den Präsidentschaftswahlen im April der sozialliberale Kandidat und politische Newcomer **Emmanuel Macron**. In seinem Wahlprogramm⁵⁶ setzt er sich für ein weltoffenes Frankreich und ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union ein. Er betont den Kampf gegen Diskriminierung und steht auch für einen selbstkritischeren Umgang mit der französischen Kolonialgeschichte.⁵⁷ Im Falle eines Wahlsiegs will sich Macron dafür einsetzen, dass Frankreich weiterhin ein Aufnahmestaat von Schutzsuchenden bleibt. Zugleich will er die europäische Grenz-sicherung verstärken und die Kooperation mit Transit- und Herkunftsstaaten von Migranten intensivieren. Er plädiert für eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren in Frankreich und fordert bessere Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge und andere Migranten, insbesondere einen Ausbau der Sprachförderung, sodass alle Migranten das Sprachniveau B1 erreichen. Abgelehnte Asylbewerber sollen konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Die Einwanderung von Unternehmensgründern, Investoren, Forschern und Kreativen will Macron u.a. durch die schnellere und vereinfachte Erteilung von Visa erleichtern. Auch die Beschäftigung von ausländischen Absolventen französischer Hochschulen, die einen Masterabschluss erreicht haben, soll erleichtert werden. Zur Förderung der Beschäftigung in den Vorstädten stellt Macron Unternehmen, die einen Bewohner aus einem ›quartier prioritaire‹ einstellen, eine Prämie von 15.000 Euro in Aussicht.

Die Kandidatin des rechtsextremen Front National, **Marine Le Pen**, legt den Fokus stark auf die Themen Sicherheit, konsequente Bestrafung und einen Kampf gegen Einwanderung. Le Pen steht für einen polarisierenden und konflikthaften Umgang mit dem Thema Zuwanderung. Nach ihren Vorstellungen sollte die Legalisierung von Sans-Papiers grundsätzlich ausgeschlossen, die Nettozuwanderung auf 10.000 Personen pro Jahr reduziert und insbesondere der Familiennachzug stark beschränkt werden. Sie plädiert zudem für höhere Hürden bei der Einbürgerung und die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft. Verschärfungen fordert sie auch im Asylrecht. So sollen Asylanträge nur noch in französischen Auslandsvertretungen in den Krisenregionen gestellt werden können. Zudem setzt sich Le Pen für die Einführung einer Steuer für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern

ein und fordert den Austritt Frankreichs aus dem Schengen-Raum sowie ein Referendum über einen EU-Austritt des Landes (›Frexit‹).⁵⁸

Der konservative Kandidat **François Fillon** steht ebenso für einen eher restriktiven Kurs in der Migrationspolitik.⁵⁹ Fillon zufolge geht es darum, die »Kontrolle wiederzugewinnen«. Frankreich soll Mitglied in der EU und der Schengen-Zone bleiben, aber die Außengrenzen sollen stärker kontrolliert werden und auch an den europäischen Binnengrenzen sollen leichter wieder Kontrollen eingeführt werden dürfen. Staaten, die ihre Grenzen nicht ausreichend kontrollieren, sollen aus dem Schengenraum ausgeschlossen werden. Fillon zufolge hat Frankreich derzeit weder den Bedarf noch die Kapazitäten für die Aufnahme weiterer Migranten. Er plädiert daher für die Einführung jährlicher Einwanderungsquoten, die vom Parlament festgelegt werden und an die Aufnahmefähigkeit des Landes geknüpft sein sollen. Insbesondere fordert Fillon mehr Restriktionen beim Familiennachzug, der zukünftig nur noch im Falle einer »erfolgreichen Integrationsperspektive« ermöglicht werden soll. Höhere Hürden fordert Fillon auch für die Einbürgerung, insbesondere bei Ehegatten von Franzosen soll diese nur bei erfolgter »Assimilierung« erfolgen. In Frankreich geborene Kinder von Ausländern sollen sich bei Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Generell soll der Bezug von Sozialleistungen erst nach zwei Jahren legalen Aufenthalts möglich sein. Die staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung (AME) will Fillon auf dringende und notwendige Versorgung beschränken. Darüber hinaus plädiert er für eine Beschleunigung der Asylverfahren und eine Unterbringung der Asylbewerber in speziellen Asylzentren. Die Abschiebung von Migranten ohne Aufenthaltsrecht soll konsequenter erfolgen.

Der Kandidat der sozialistischen Partei **Benoît Hamon** steht für einen pro-europäischen und humanitären Kurs in der Migrationspolitik. Umfragen zufolge hat er nur sehr geringe Chancen auf einen Wahlsieg.⁶⁰ Hamon setzt im Umgang mit Extremismus auf Dialog, statt auf Konfrontation und betont die humanitäre Tradition Frankreichs bei der Aufnahme von Schutzbedürftigen. Im Wahlkampf kritisierte er die Politik von Präsident Hollande und dessen ebenfalls sozialistischer Regierung für ihr aus seiner Sicht zu geringes Engagement bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Hamon plädiert für die Ausstellung sogenannter humanitärer Visa, mit denen Schutzsuchende legal und sicherer einreisen könnten. Er will die Integrationsmöglichkeiten von Asylbewerbern verbessern, indem er u.a. für eine Arbeitserlaubnis ab drei Monaten und eine verstärkte Sprachförderung eintritt. Das Dublin-System will er zugunsten eines europäischen Verteilungsschlüssels für Asylbewerber abschaffen. Große Auswirkungen auf die Lage vieler Migranten hätte auch die von Hamon geplante Einführung eines monatlichen Grundeinkommens in Höhe von 750 Euro.

Einen ähnlichen Kurs vertritt Jean-Luc Mélenchon, der für das linke Wahlbündnis La France insoumise (dt. »das aufständische Frankreich«) antritt.⁶¹ In seinem Programm plädiert er für eine stärkere Regulierung internationaler Migrationsbewegungen auf der globalen Ebene durch die Schaffung einer neuen UN-Organisation für Migration und

einer jährlichen internationalen migrationspolitischen Konferenz. Zudem spricht er sich dafür aus, Fluchtursachen zu bekämpfen, u.a. durch die Beendigung von Kriegen, der Schaffung einer fairen Handelspolitik und einer konsequenteren Verhinderung des Klimawandels. Darüber hinaus will er die Seenotrettungsprogramme im Mittelmeer ausbauen, die Aufnahmebedingungen für Asylbewerber in Frankreich verbessern und die freiwillige Rückkehr von Migranten fördern. Mélenchon vertritt grundsätzlich eine pro-europäische Position, will die bestehenden Verträge der Europäischen Union aber stark reformieren und ihnen eine stärkere demokratische, soziale und ökologische Ausrichtung geben.

Kurz vor der Wahl scheint ein Wahlsieg vom Emmanuel Macron am wahrscheinlichsten. Der künftige Kurs der französischen Migrations- und Integrationspolitik müsste dann mit der im Juni gewählten Regierung ausgehandelt und abgestimmt werden. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts in Frankreich ist hier ein Wahlsieg einer der großen Parteien – Sozialisten oder Konservative – wahrscheinlich. Auch wenn derzeit ein Wahlerfolg von Marine Le Pen und des rechtsextremen Front National eher unwahrscheinlich erscheint, kann davon ausgegangen werden, dass ihre Partei, die in den vergangenen Jahren u.a. bei Kommunalwahlen viele Wählerstimmen gewinnen konnte, die politische Agenda in diesem Themenfeld auch in Zukunft stark beeinflussen wird. Der Ausgang der Wahlen in Frankreich ist auch für die künftige Entwicklung der Europäischen Union insgesamt und für die EU-Migrations- und Asylpolitik von großer Bedeutung.

Anmerkungen

¹ Moch (2017); Weil (1995).

² Allein im Ersten Weltkrieg wurden 1,4 Millionen Franzosen getötet bzw. arbeitsunfähig.

³ Mit Italien hatte Frankreich bereits vor dem Zustandekommen des Anwerbeabkommens vertragliche Regelungen zur Organisation von Arbeitskräftezuwanderung unterhalten. Das Land stellte traditionell die wichtigste Quelle für ausländische Arbeitskräfte dar.

⁴ Für detaillierte Informationen zu bilateralen Wanderungsverträgen in Europa zwischen 1919 und 1974 siehe Rass (2010).

⁵ Insgesamt handelte es sich um etwa zwei Millionen Personen. Zuwanderer aus Algerien, die europäischer Herkunft waren, wurden meist als *pieds-noirs* (›Schwarzfüße‹) bezeichnet. Daneben traten die etwa 100.000 sogenannte Harkis, d.h. muslimische Algerier, die während des Algerienkriegs auf Seiten der französischen Armee gekämpft hatten. Während die Mehrzahl der Harkis nach dem Rückzug der Franzosen ermordet wurde, gelang es einem kleinen Teil, nach Frankreich zu emigrieren. Ihre Rechtslage war lange umstritten.

⁶ Bertossi (2007); Heckmann/Tomei (1997).

⁷ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 10/05.

⁸ Auf Deutsch: ›ohne Papiere‹, wie irreguläre Migranten in Frankreich auch genannt werden.

⁹ SVR (2015).

¹⁰ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 4/06.

¹¹ Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 7/10 sowie das Länderprofil Frankreich im Fischer Weltalmanach 2012.

- ¹²Ministère de l'Intérieur (2016).
- ¹³Eurostat, Tabelle ›First permits by reason, length of validity and citizenship‹ [migr_resfirst], abgerufen am 24.3.2017.
- ¹⁴Pla/Beaumeil (2012) und Pla/Beaumeil (2011), INSEE (2017a).
- ¹⁵DSED (2015).
- ¹⁶INSEE (2016b). In Frankreich besteht keine Pflicht, den Wohnsitz zu melden. Umfassende Informationen über die Bevölkerung werden nur alle acht bis neun Jahre in allgemeinen Volkszählungen erhoben (recensements de la population) auf deren Basis sich dann auch Aussagen über die Zuwandererbevolkerung treffen lassen. Der letzte Zensus hat 2013 stattgefunden. Sensible Daten zu z.B. Religionszugehörigkeit oder ethnischer Abstammung dürfen dabei nicht erfasst werden, was Aussagen zu Einwanderungs- und Integrationsprozessen erschwert.
- ¹⁷Vor allem aus den Maghreb-Staaten (Tunesien, Marokko, Algerien).
- ¹⁸INSEE (2016b).
- ¹⁹Ministère de l'Intérieur (2017).
- ²⁰INSEE (2017b).
- ²¹Tribalat (2015), S.12-14.
- ²²Ministère de l'intérieur/DSED (2016).
- ²³Peugny (2016).
- ²⁴Für eine Visualisierung der Konzentration der Einwandererbevolkerung siehe <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2121524> (S. 2).
- ²⁵INSEE (2016a), INSEE (2017b).
- ²⁶Le Figaro, Sans-papiers: une nouvelle circulaire, 28.11.2012.
- ²⁷Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 5/06, 6/06, 7/06.
- ²⁸Libération, Régularisations: comment le cas par cas est devenu la norme, 29.7.2012, Ministère de l'Intérieur (2017a).
- ²⁹Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 1/12.
- ³⁰Ministère de l'Intérieur (2017b).
- ³¹Ministère de l'Intérieur (2017c).
- ³²EASO (2016), S.127.
- ³³EASO (2016), S.141; EMN (2016a).
- ³⁴EMN (2016b).
- ³⁵Kempin (2016), Tardis (2016).
- ³⁶ECRE (2017).
- ³⁷Le Monde: Le mur «anti-intrusions» de la rocade de Calais est achevé, 13.12.2016.
- ³⁸DSED (2011); Ministère de l'Intérieur (2017d).
- ³⁹Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 4/03.
- ⁴⁰Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 1/04.
- ⁴¹Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 5–7/04.
- ⁴²Siehe Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ 08/11 und 6/09.
- ⁴³Spiegel Online: Wahlkampf in Frankreich. Sarkozy verbietet Straßengebete, 16.9.2011.
- ⁴⁴Vgl. Webseite <http://www.luiresident.fr/> (Zugriff: 21.3.2017).
- ⁴⁵Le Monde, Attentats en France: pas de hausse des préjugés sur les minorités et les immigrés, 17.1.2017.
- ⁴⁶Ministère de l'Intérieur (2016).
- ⁴⁷Ministère de l'Intérieur (2015).
- ⁴⁸ECRE (2017).
- ⁴⁹ONPV (2016).
- ⁵⁰Hillebrand/Kreuder-Sonnen (2009).
- ⁵¹DARES (2016).
- ⁵²ONPV (2016).
- ⁵³Libération: Olivier Roy et Gilles Kepel, querelle française sur le jihadisme, 14.4.2016.
- ⁵⁴Libération: Déchéance de nationalité : des volte-face à n'en plus finir, 3.2.2016.
- ⁵⁵Le Monde: Le Conseil d'Etat met un terme aux arrêtés «anti-burkini», 26.8.2016.
- ⁵⁶Wahlprogramm Emmanuel Macron, abrufbar unter: <https://en-marche.fr/>
- ⁵⁷FAZ: Buhufe für Macrons Kolonialkritik, 20.2.2017
- ⁵⁸Wahlprogramm Marine Le Pen, abrufbar unter: <http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen/>
- ⁵⁹Wahlprogramm François Fillon, abrufbar unter: <http://www.fillon2017.fr/projet/>
- ⁶⁰Wahlprogramm Benoît Hamon, abrufbar unter: <https://www.benoithamon2017.fr/le-projet/>
- ⁶¹Wahlprogramm Jean-Luc Mélenchon, abrufbar unter: <https://laec.fr/>

Literatur

- Bertossi, C. (2007): French and British Models of Integration Public Philosophies, Policies and State Institutions. ESRC Centre on Migration, Policy and Society. Working Paper No. 46, Oxford.
- DARES – Direction de l'animation de la recherche, des études et des statistiques (2016): Les jeunes en emploi d'avenir: quel accès à la formation, pour quels bénéficiaires?. DARES Analyses, Oktober 2016, Nr. 056. Online abrufbar: <http://dares.travail-emploi.gouv.fr/IMG/pdf/2016-056-3.pdf> (Zugriff 16.3.2017).
- DSED – Département des Statistiques, des Etudes, et de la Documentation (2015): Info Migration, Nr. 79 (August 2015). Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/87279/676594/file/IM_79_fecondite.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
- DSED – Département des Statistiques, des Etudes et de la Documentation (2011): Les acquisitions de la nationalité française en 2010. Infos migrations, Nr. 25 (September).
- EASO – European Asylum Support Office (2016): Annual Report on the Situation of Asylum in the European Union 2015. Online abrufbar: https://www.easo.europa.eu/sites/default/files/public/EN_%20Annual%20Report%202015_1.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
- ECRE (2017): Country Report: France. AIDA – Asylum Information Database, 2016 Update. Online-abrufbar: http://www.asylumineurope.org/sites/default/files/report-download/aida_fr_2016update.pdf (Zugriff 15.3.2017).
- EMN – European Migration Network (2016a): Resettlement and Humanitarian Admission Programmes in Europe – what works? EMN-Inform.
- EMN – European Migration Network (2016b): Réinstallation et programmes d'admission humanitaire en France. Qu'est-ce qui fonctionne? Etude.
- Heckmann, F./Tomei, V. (1997): Einwanderungsgesellschaft Deutschland – Zukunftsszenarien: Chancen und Konfliktpotentiale. Gutachten für die Enquetekommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages. Bamberg.
- Hillebrand, E./Kreuder-Sonnen, C. (2009): ›Espoir Banlieue‹ – Ein Marshall-Plan für die französischen Vorstädte?

- Frankreich-Analyse des Referats Westliche Industrieländer der Friedrich-Ebert-Stiftung. Paris.
- INSEE (2005): Les immigrés de France, édition 2005. Fiche thématique. Online abrufbar: <http://insee.fr/fr/ppp/sommaire/IMMFRA05.PDF> (Zugriff: 22.3.2012).
 - INSEE (2012): Etrangers – Immigrés. Online abrufbar: http://www.insee.fr/fr/themes/document.asp?reg_id=0&ref_id=T12F037 (Zugriff: 27.3.2012).
 - INSEE (2017a): Bilan démographique 2016. Insee Première, Nr. 1630, Januar 2017. Online abrufbar: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/2554860/ip1630.pdf> (Zugriff: 17.3.2017).
 - INSEE (2017b): Être né en France d'un parent immigré. Insee Première, Nr. 1634, Februar 2017. Online abrufbar: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/version-html/2575541/ip1634.pdf> (Zugriff: 17.3.2017).
 - INSEE (2016a): La localisation géographique des immigrés. Insee Première, Nr. 1591, April 2016. Online abrufbar: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/version-html/2121524/ip1591.pdf> (Zugriff: 17.3.2017).
 - INSEE (2016b): Immigrés et descendants d'immigrés. Online abrufbar: https://www.insee.fr/fr/statistiques/fichier/2492220/FPORSOC16j3_F2.3_immigres.pdf (Zugriff 26.3.2017).
 - Kempin, R. (2016): Flüchtlingspolitik: Frankreichs Abkehr von Deutschland. SWP Kurz gesagt, 17.2.2016. Online abrufbar: <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/fluechtlingspolitik-frankreichs-abkehr-von-deutschland/> (Zugriff 14.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2016): Dossier de Presse: La loi relative au droit des étrangers en France, 8.3.2016. Online abrufbar: <http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/93209/727143/file/160304-DP-Loi-relative-au-droit-des-etrangers-en-France-2.pdf> (Zugriff: 17.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2015): Dossier de Presse: La réforme du droit d'asile, Juli 2015. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/86359/669022/file/150804-DP-La-reforme-du-droit-d_asile.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2017a): L'admission au séjour – les titres de séjour, 16.1.2017. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/99957/785876/file/L_admission-au-sejour-les-titres-de-sejour_16_janvier_2017.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2017b): L'éloignement des étrangers en situation irrégulière en 2016, 16.1.2017. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/99966/785921/file/Les-eloignements-2016_16_janvier_2017-2.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2017c): Les demandes d'asile, 16.1.2017. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/99971/785946/file/Les-demandes-d_asile-en-2016_16_janvier-2017.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2017d): L'accès à la nationalité française, 16.1.2017. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/96063/751053/file/L'acc%C3%A8s%20%C3%A0%20la%20nationalit%C3%A9%20fran%C3%A7aise%20_%208juillet2016.pdf (Zugriff: 17.3.2017).
 - Ministère de l'intérieur/DSED (2016): L'essentiel de l'immigration- Activité, emploi et chômage des immigrés en 2015. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/97764/766506/file/7_Essentiel_emploi_2015.pdf (Zugriff 17.3.2017).
 - Ministère de l'Intérieur (2017): Population. Online abrufbar: http://www.immigration.interieur.gouv.fr/content/download/99591/783078/file/CC_Population_RP2013_New.xlsx (Zugriff: 17.3.17).
 - Moch, L.P. (2007): Frankreich. In: K. J. Bade/P. C. Emmer/L. Lucassen/J. Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn, S. 122-140.
 - ONPV – Observatoire National de la Politique de la Ville (2016): Rapport 2015. Online abrufbar: http://www.onpv.fr/uploads/media_items/rapport-onpv-2015.original.pdf (Zugriff 16.3.2017).
 - Peugny, C. (2016): Opfert Frankreich seine Jugend? Eine Bestandsaufnahme. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2016. Online abrufbar: <http://www.bpb.de/apuz/237945/opfert-frankreich-seine-jugend?p=all> (Zugriff: 17.3.2017).
 - Pla, A./Beaumel, C. (2012): Bilan démographique 2011. La fécondité reste élevée. INSEE Première, Nr. 1385 (Januar).
 - Pla, A./Beaumel, C. (2011): Bilan démographique 2010. La population française atteint 65 millions d'habitants. INSEE Première, Nr. 1332 (Januar).
 - Rass, C. (2010): Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt: Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974. Paderborn.
 - SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2015): Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015, S.97-99, Berlin.
 - Tardis, M. (2016): We have enough to deal with at home! France and the refugee crisis. Beitrag für das Dossier ›Crossing borders – refugee and asylum policy in Europe‹ der Heinrich-Böll-Stiftung. Online abrufbar: <https://www.boell.de/en/2016/06/15/we-have-enough-deal-home-france-and-refugee-crisis> (Zugriff 20.3.2017).
 - Tribalat, M. (2015): Une estimation des populations d'origine étrangère en France en 2011. Espace populations sociétés, 2015/1-2. Online abrufbar: <https://eps.revues.org/pdf/6073> (Zugriff: 17.3.2017).
 - Weil, P. (1995): La France et ses étrangers. Paris.

Internetquellen

Cité nationale de l'histoire de l'immigration, CNHI (Nationales Museum für die Geschichte der Einwanderung)
<http://www.histoire-immigration.fr/>

Haute autorité de lutte contre les discriminations et pour l'égalité, HALDE (Hohes Amt zum Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichheit)
<http://www.halde.fr/>

Institut national d'études démographiques, INED (Nationales Institut für demographische Studien)
<http://www.ined.fr/>

Institut national de la statistique et des études économiques, INSEE (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien)

<http://www.insee.fr>

Office français de protection des réfugiés et apatrides, OFPRA (Französisches Amt zur Anerkennung von Flüchtlingen)

<http://www.ofpra.gouv.fr/>

Office français de l'immigration et de l'intégration (Französisches Amt für Einwanderung und Integration)

<http://www.ofii.fr/>

Weitere Informationen

C.i.m.a.d.e

<http://www.lacimade.org/>

Forum Réfugiés

<http://www.forumrefugies.org/>

Groupe d'information et de soutien des immigrés, GISTI (Information und Unterstützung von Einwanderern)

<http://www.gisti.org/>

Der Autor

Dr. Marcus Engler ist Sozialwissenschaftler und Migrationsforscher. Seit langem verfolgt er die Entwicklungen in der französischen Migrations- und Integrationspolitik. Er absolvierte einen Freiwilligendienst in einer Beratungsstelle für Migranten in Marseille. Anschließend studierte er Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Institut d'Etudes Politiques in Paris. Derzeit ist er als selbständiger Autor, Referent und Berater tätig und ist Mitglied im Netzwerk Flüchtlingsforschung und im Netzwerk Migration in Europa.

E-Mail: engler@migration-analysis.eu

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49(0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Adenauerallee 86, 53113 Bonn, unter Mitwirkung des Netzwerks Migration in Europa e.V.

Redaktion: Anna Flack, Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)

Basiskarte: www.digitale-europakarte.de

Die Erstellung der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) erfolgt in Kooperation der o.a. Partner. Der Inhalt der Länderprofile und Kurzdossiers gibt nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder. Der Abdruck von Auszügen und Graphiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.bpb.de, www.imis.uni-osnabrueck.de, www.migration-info.de, www.network-migration.org
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.bpb.de/gesellschaft/migration